

Der Porttunnel soll dem Westast vorgezogen werden

Grosser Rat Der Kanton muss sich für einen raschen Bau des Autobahnzubringers für das rechte Bielerseeufer einsetzen – unabhängig davon, wie es beim A5-Westast weitergeht. Das hat der Grosse Rat gestern entschieden.

Lino Schaeren

Ob die umstrittene Westumfahrung von Biel dereinst überhaupt gebaut wird und wenn ja in welcher Form, ist derzeit völlig offen. Das Ausführungsprojekt wurde bis im Sommer 2020 auf Eis gelegt, bis dahin hat die Dialoggruppe bestehend aus Befürwortern und Gegnern des A5-Westasts und Behördenvertretern Zeit, einen Fingerzeig zu geben, in welche Richtung es gehen soll. Nun ist der Grosse Rat gestern aber vorgeprescht: Er hat eine Motion des Bieliers Peter Moser (FDP) überwiesen, die fordert, den Autobahnzubringer für das rechte Bielerseeufer losgelöst vom Gesamtprojekt zu realisieren. Der sogenannte Porttunnel ist jener Teil der A5-Westumfahrung, der im Gegensatz zu den offen geführten Anschlüssen in der Stadt Biel praktisch unbestritten ist. Trotzdem warfen linke Grossräte der bürgerlichen Parlamentsmehrheit vor, mit dem Überweisen der Motion dem Ergebnis des Westast-Dialogs vorzugreifen.

Auch der Regierungsrat hatte sich gegen die Motion ausgesprochen, er wollte das Anliegen als Prüfungsauftrag entgegennehmen. «Wir wollen uns während des Dialogprozesses alle Möglichkeiten offenlassen», sagte Bau-, Verkehrs- und Energiedirektor Christoph Neuhaus (SVP). Überzeugt hat die Kantonsregierung damit Luc Mentha (Liebefeld, SP), der vom Kanton ebenfalls forderte, sich für einen vorgezogenen Bau des Porttunnels einzusetzen – seine Motion gestern nun aber in ein Postulat umgewandelt hat. «Es ist richtig, das Anliegen im Rahmen des Westast-Dialogs zu prüfen», sagte er.

«Unterstützen die Gemeinden»

Anders Moser: Er hielt an seiner Motion fest, sagte, der unbestrittene Zubringer für das rechte Bielerseeufer gehöre eigentlich viel mehr zum bereits gebauten Ostast als zum Westast und tangiere deshalb den laufenden Dialog nicht. Mit der Motion wolle er die Ge-



Der schlechte Zustand der Wehrbrücke dient als Argument für einen raschen Bau des Porttunnels. PS/JA

Rückzug von Westast-Projekt noch keine Option

Der Grosse Rat hat gestern zwei weitere Vorstösse zum Bieler A5-Westast behandelt. Julien Stocker (GLP) forderte in seiner Motion, dass das Autobahn-Projekt zurückgezogen werden soll mit Ausnahme des Porttunnels, damit eine neue Variante ausgearbeitet werden kann. Der Regierungsrat beantragte, den Vorstoss als Postulat anzunehmen; zwar sei ein Rückzug des Projekts nach Beendigung des derzeit laufenden Dialogprozesses möglich, würde zum jetzigen Zeitpunkt aber ebendiesen einträchtigen. Zwar wandelte Stocker seine Motion tatsächlich in ein Postulat, eine Mehrheit fand er im Rat aber auch damit nicht: Der Vorstoss wurde mit 74 Nein- bei 64 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen abgelehnt.

«Es wäre ein fatales Zeichen an den Bund, jetzt von einem Rück-

zug zu sprechen», sagte Nidaus Stadtpräsidentin und FDP-Grossrätin Sandra Hess. «Das könnte dazu führen, dass das für die Autobahnnumfahung reservierte Geld anderweitig ausgegeben wird.» Auch Jakob Etter (Treiten, BDP), ein bekennender Verfechter der Seelandtangente, sprach sich gegen den Vorstoss aus: Im Westast-Dialog müssten alle Optionen angeschaut werden, «es wäre falsch, eine Variante zu benachteiligen, indem der Regierungsrat diese bereits zurückzieht».

Ebenfalls keine Mehrheit im Grossen Rat fand Motionär Luc Mentha (Liebefeld, SP): Er forderte ein Moratorium für den Westast und einen neuen Dialog zur Westumfahrung. Denn: Das Ausführungsprojekt sei gestorben, «die Autobahn wird nie so gebaut», sagte der Sozialdemokrat; eine Aussage, die Lars Gug-

gisberg (Kirchlindach, SVP) als «kühn» abtat. Weil beide Forderungen Menthas inzwischen erfüllt seien, beantragte die FDP-Fraktion allerdings, die Motion als erfüllt abzuschreiben.

Dagegen wehrte sich die Ratslinke erfolglos, sein Anliegen sei erst erfüllt, wenn der Dialogprozess abgeschlossen sei, monierte Mentha. Und der Bieler Christoph Grupp (Grüne) ergänzte, dass es ein falsches Zeichen an die Bevölkerung sei, den Dialog bereits abzuschreiben. Dies sei überhaupt nicht Ziel, entgegnete Hess, auch die Freisinnigen stünden hinter dem Prozess – Hess sitzt als Vertreterin von Nidau selber in der Dialoggruppe. Der Grosse Rat folgte dem FDP-Antrag: Die Motion wurde zwar erheblich erklärt, dann aber mit 76 Ja- bei 62 Nein-Stimmen und vier Enthaltungen als erfüllt abgeschrieben. lsg

meinden Nidau, Port, Brügg und Ipsach unterstützen, so Moser. Diese hatten sich bereits vor einem Jahr an die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons gewandt mit der Bitte, den Porttunnel prioritär zu behandeln. Das Anliegen wurde zuletzt noch einmal in einem Schreiben an Dialogprozess-Leiter Hans Werder bekräftigt, nachdem die Wehrbrücke zwischen Port und Brügg für den Schwerverkehr gesperrt werden musste. Seither kriegte das Städtli Nidau den gesamten Lastwagenverkehr ab.

«Brauchen jetzt Klarheit»

So verwunderte es nicht, dass sich Nidaus Stadtpräsidentin Sandra Hess (FDP) im Kantonsparlament für die Motion von Parteikollege Moser ins Zeug legte: Wie es mit der Wehrbrücke weitergehe, hänge auch stark vom Fahrplan beim Porttunnel ab, sagte sie. Der Zubringer sieht eine vierspurige Brücke über den Nidau-Büren-Kanal vor, nach deren Bau wäre die heutige Wehrbrücke nur noch den Fussgängern und Velofahrern vorbehalten. «Auf einen raschen Bau des Porttunnels zu drängen, macht absolut Sinn. Wir brauchen jetzt Klarheit, es geht nicht an, dass der Kanton auf Zusehen hin Geld ausgibt für die Sanierung der Wehrbrücke.»

David Stampfli (Bern, SP) warf den Westast-Befürwortern Salami-taktik vor: Sie versuchten, mit dem Drängen auf den Zubringer das ganze Umfahrungsprojekt doch noch irgendwie durchzuboxen. Dem widersprach der ehemalige Nidauer Gemeinderat Christian Bachmann (SP), mit dem Porttunnel würde kein Präjudiz geschaffen, sagte er. Letztlich wurde die Motion mit 80 Ja- bei 61 Nein-Stimmen überwiesen. Zuvor hatte Regierungsrat Neuhaus noch die Frage in den Raum geworfen, was denn geschehen solle, wenn der Bund dem Kanton bei seinem Drängen auf den Porttunnel die kalte Schulter zeige? Die Antwort darauf bleibt vorerst offen, die Kantonsregierung hat zwei Jahre Zeit, die Forderung umzusetzen.